Bürgerbüro Weinstadt
Marktplatz 1, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 693-109

Einverständniserklärung für Ausstellung eines Reisepasses (e-Pass) vor dem 18. Lebensjahr

Folgende Unterlagen werden benötigt:

- Aktuelles digitales Passbild
- Bisheriger Kinderreisepass, Personalausweis, Reisepass (falls bisher nicht ausgestellt: Geburtsurkunde)
- Persönliche Beantragung erforderlich (Speicherung von **Fingerabdrücken** ab vollendetem 6. Lebensjahr und Unterschrift ab vollendetem 10. Lebensjahr)
- Gebühr: 37,50 € (6 Jahre gültig)
- Bei alleinigem Sorgerecht: Rechtskräftiges Scheidungsurteil mit Sorgerechts-beschluss oder Negativbescheinigung vom Jugendamt
- **Unterschrift** beider Erziehungsberechtigten sowie Personalausweis bzw. Reisepass der Erziehungsberechtigten

Ihre Tochter / Ihr Sohn

_____
(Name, Vorname, Geburtsdatum)

Größe: _____ Augenfarbe: _____

beantragt vor dem 18.Lebensjahr einen Reisepass (ePass). Deshalb benötigen wir das Einverständnis beider Eltern bzw. Erziehungsberechtigten.
Bitte unterschreiben Sie nachfolgende Erklärung:

Wir sind mit der Ausstellung eines Reisepasses (e-Pass) einverstanden.

_____ _____
Name, Vorname des Vaters Datum, Unterschrift des Vaters

_____ _____
Name, Vorname der Mutter Datum, Unterschrift der Mutter

Die Unterschriften müssen von der Passbehörde geprüft werden. Bitte legen Sie entsprechende Dokumente vor (Personalausweis oder Reisepass).

Hat nur ein Elternteil das Sorgerecht, ist ein Sorgerechtsbeschluss vorzulegen. Ebenso kann, bei gemeinsamen Sorgerecht, die Antragstellung durch lediglich ein Elternteil erfolgen, wenn das Aufenthaltsbestimmungsrecht diesem Elternteil allein zusteht

Wir wurden hiermit darauf hingewiesen, dass wir uns selbst über die Einreise-bestimmungen des jeweiligen Reiselandes informieren müssen, insbesondere über die erforderlichen Reisedokumente zur Einreise und Aufenthalt. Eine verbindliche Auskunft kann nur das jeweilige Konsulat bzw. Botschaft des Reiselandes erteilen. (Telefonnummern und Adressen der jeweiligen Botschaften/Konsulate finden Sie unter: www.auswaertiges-amt.de

Beiblatt zum Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses / Personalausweises für

Name, Vorname	Geburtsort, Geburtsdatum	Seriennummer des Dokuments

Hinweise

Folgende Tatbestände konnten nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der Fassung bis zum Ablauf des 26. Juni 2024 (a.F.) zu einem automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen und sind für Altfälle weiterhin zu berücksichtigen:

- Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit **auf Antrag nach § 25 Absatz 1 Satz 1 StAG a.F.**
- Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit **durch Adoption als Minderjähriger durch einen Ausländer (§ 27 StAG a.F.)**

Folgender Tatbestand führte sowohl nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung bis zum Ablauf des 26. Juni 2024 als auch in der Fassung ab dem 27. Juni 2024 zu einem automatischen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit:

- Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates, dessen Staatsangehörigkeit Sie ebenfalls besitzen, **auf Grund freiwilliger Verpflichtung ohne eine entsprechende Zustimmung oder Berechtigung (§ 28 Absatz 1 Nummer 1 StAG)**.

Sofern die Verlustfolge eingetreten ist, sind Betroffene nicht mehr berechtigt, einen deutschen Reisepass oder Personalausweis zu führen.
Eine spätere Erfüllung eines dieser Tatbestände ist der Pass- bzw. Personalausweisbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Erklärung zur deutschen Staatsangehörigkeit

I. Ich habe eine / mehrere ausländische Staatsangehörigkeit(en) erworben: ☐ ja ☐ nein

Der Erwerb der _____ Staatsangehörigkeit(en) ist erfolgt am _____

☐ durch Geburt
☐ automatisch (z.B. durch Eheschließung, Adoption)
☐ auf Antrag (z.B. durch Einbürgerung, Registrierung, Abgabe einer Erklärung, z.B. auch bei der Eheschließung)

_____

Zuständige ausländische Behörde(n) (Bezeichnung, Anschrift):

_____

Wohnsitz oder dauernder (gewöhnlicher) Aufenthalt bei Erwerb dieser Staatsangehörigkeit(en):

Sofern ein auf Antrag erfolgter Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit bis zum Ablauf des 26. Juni 2024 erfolgt ist:
Die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit ist mir vor dem auf Antrag erfolgten Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit genehmigt worden. ☐ ja ☐ nein

Falls ja, durch _____(Behörde) mit Urkunde vom _____

Ich habe die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder der Schweiz nach dem 27. August 2007, im Falle Kroatiens nach dem 30. Juni 2013 auf Antrag erworben: ☐ ja ☐ nein

Ich habe die britische Staatsangehörigkeit nach Austritt der Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union bis zum Ablauf des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2020 auf Antrag erworben oder nach dem 31. Dezember 2020 erworben, hatte aber den Antrag vor Ablauf des Übergangszeitraums gestellt: ☐ ja ☐ nein
Falls Letzteres zutrifft, bitte mit separaten Nachweisen belegen.

II. Ich bin nach dem 31. Dezember 1999 auf Grund freiwilliger Verpflichtung in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates, dessen Staatsangehörigkeit ich ebenfalls besitze, eingetreten. ☐ ja ☐ nein

Eine Zustimmung der Wehrersatzbehörden hatte ich hierzu eingeholt bzw. eine Berechtigung auf Grund eines zwischenstaatlichen Vertrages lag hierzu vor: ☐ ja ☐ nein
Falls ja, bitte mit separaten Nachweisen belegen.

Der Eintritt ist in die Streitkräfte oder eine vergleichbaren bewaffneten Verband eines (anderen) Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU), der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) oder eines Staates der Länderliste nach § 41 Absatz 1 der Aufenthaltsverordnung und nach dem 5. Juli 2011 (Bekanntmachung der Allgemeinzustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung nach § 28 StAG zu einem freiwilligen Wehrdienst außerhalb der Bundeswehr vom 21. Juni 2011, BAnz. Nr. 98, S. 3279) erfolgt: ☐ ja ☐ nein
Falls ja, bitte mit separaten Nachweisen belegen.

_____ _____
Datum Unterschrift

Nur bei Beantragung eines Personalausweises ausfüllen:

Sachbearbeiter-Vermerk aufgrund mündlicher Erklärungen: Infomaterial angeboten bekommen ☐ ja ☐ nein

Erklärung über den Erhalt des PIN-Briefs (§ 13 PAuswG, § 17 Abs. 7 PAuswV)

Mir wurde der Brief mit der PIN, der PUK und dem Sperrkennwort zur Online-Ausweisfunktion (elektronischer Identitätsnachweis) vom Ausweishersteller übersandt bzw. durch die Ausweisbehörde übergeben. ☐ ja ☐ nein

_____ _____
Datum Unterschrift